



Kreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen

Die Kreditaufnahme des Bundes dient der Finanzierung des Bundeshaushalts und der Sondervermögen des Bundes. Sondervermögen werden unterschieden in solche Sondervermögen, die über den Bundeshaushalt oder andere Einnahmen mitfinanziert werden, und Sondervermögen mit eigener Kreditermächtigung (Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS), Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) und Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) sowie Restrukturierungsfonds (RSF)). Der RSF wird nachfolgend nicht mit aufgeführt, da zu den betrachteten Stichtagen keine Kreditaufnahme vorgelegen hat. Die Kreditaufnahme für die Sondervermögen FMS und WSF dient dabei zum einen der Finanzierung von Aufwendungen für Stabilisierungsmaßnahmen gemäß § 9 Abs. 1 Stabilisierungsfondsgesetz (StFG) oder der Rekapitalisierung von Unternehmen gemäß § 22 StFG. Zum anderen nimmt der Bund für FMS und WSF auch Kredite auf, die gemäß § 9 Abs. 5 und § 23 StFG dann als konditionsgleiche Darlehen an Anstalten des öffentlichen Rechts durchgeleitet werden. Die Aufnahme dieser Kredite über den Bund dient der Kostenersparnis.

Die nachfolgenden Erläuterungen beziehen sich erst auf die gesamte Kreditaufnahme des Bundes. Anschließend erfolgt eine Darstellung der

- Kreditaufnahme beziehungsweise Verschuldung des Bundeshaushalts und der mitfinanzierten Sondervermögen sowie der Kreditaufnahme beziehungsweise Verschuldung von FMS, WSF und ITF ohne Finanzierung von Darlehen für Anstalten des öffentlichen Rechts und der
- Kreditaufnahme für FMS und WSF zur Finanzierung von an Anstalten des öffentlichen Rechts durchzuleitende Darlehen (im Folgenden „Darlehensfinanzierung“).

Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes

Der Bund hatte am 31. Dezember 2020 Kredite in Höhe von 1.272,0 Mrd. € aufgenommen. Dieser Bestand erhöhte sich zum 30. Juni 2021 auf 1.379,9 Mrd. €. Der Anstieg der Kreditaufnahme um 107,9 Mrd. € ging auf den Finanzierungsbedarf des Bundes für den Haushalt und die Sondervermögen einschließlich der Bedarfe von FMS und WSF zur Durchleitung von Darlehen an Anstalten des öffentlichen Rechts zurück. Wie im Vorjahr ist auch im Jahr 2021 mit einer erhöhten Kreditaufnahme zu rechnen. Hintergrund sind weiterhin die Maßnahmen, die die Bundesregierung zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie beschlossen hat: Im Juni 2021 ist der Nachtrag zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 in Kraft getreten, der einen um etwa 60 Mrd. € gestiegenen Nettokreditbedarf des Bundeshaushalts vorsieht. Bereits die erste Version des Haushaltsgesetzes 2021 sah eine gegenüber dem Vorjahr nochmals höher geplante Nettokreditaufnahme vor.

Der Anstieg der Kreditaufnahme gegenüber dem 31. Dezember 2020 resultiert aus neuen Aufnahmen im Volumen von 265,1 Mrd. € bei Fälligkeiten im Volumen von 157,2 Mrd. €. Bis zum 30. Juni 2021 wurden im Jahr 2021 für die Verzinsung aller auch in früheren Jahren aufgenommenen bestehenden Kredite saldiert 1,7 Mrd. € aufgewendet.

Im Juni 2021 wurden 42,8 Mrd. € an Bundeswertpapieren emittiert. Der Schwerpunkt der Emissionen lag mit 42,0 Mrd. € bei den konventionellen Bundeswertpapieren. Sie verteilten sich auf 1,5 Mrd. € 30-jährige Bundesanleihen, 11,5 Mrd. € 10-jährige Bundesanleihen, 4,0 Mrd. € Bundesobligationen, 5,0 Mrd. € Bundesschatzanweisungen und 20,0 Mrd. € Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes. Es wurden inflationsindexierte Bundesanleihen in Höhe von 0,8 Mrd. € begeben.



Die Eigenbestände des Bundes an Bundeswertpapieren verringerten sich im Juni 2021 um 5,8 Mrd. € auf 168,1 Mrd. €. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus Sekundärmarktverkäufen in Höhe von 17,8 Mrd. €, sowie Käufen in Höhe von 5,9 Mrd. € und der Erhöhung von Eigenbeständen durch bei Emission zurückbehaltene Emissionsanteile um 6,1 Mrd. €.

Am 30. Juni 2021 entfielen 94,2 Prozent der Kreditaufnahmen auf die Kreditaufnahme des Bundes für Haushalt und Sondervermögen ohne Darlehensfinanzierung. 5,8 Prozent der Kreditaufnahme dienten der Finanzierung von FMS und WSF für durchgeleitete Kredite an Anstalten des öffentlichen Rechts.

Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes (Haushalt und Sondervermögen ohne Darlehensfinanzierung)

Im Juni 2021 wurden für den Bund (Haushalt und Sondervermögen ohne Darlehensfinanzierung) 44,9 Mrd. € an Krediten aufgenommen. Gleichzeitig wurden 30,5 Mrd. € fällige Kredite getilgt. Für die Verzinsung der Kredite des Bundes (Haushalt und Sondervermögen ohne Darlehensfinanzierung) wurden im Juni 2021 saldiert 0,9 Mrd. € vereinnahmt.

Am 30. Juni 2021 betrug die Kreditaufnahme des Bundes (Haushalt und Sondervermögen ohne Darlehensfinanzierung) insgesamt 1.299,8 Mrd. €. Damit erhöhte sie sich gegenüber dem 31. Dezember 2020 um 95,8 Mrd. €. Der größte Teil der Erhöhung entfiel mit 92,6 Mrd. € auf den Bundeshaushalt, dessen Kreditaufnahme auf 1.255,9 Mrd. € anstieg.

Die Kreditaufnahme für den ITF betrug per 30. Juni 2021 16,1 Mrd. €. Die Kreditaufnahme des FMS für Kredite für Aufwendungen gemäß § 9 Abs. 1 StFG betrug zu diesem Stichtag 22,8 Mrd. €.

Die Kreditermächtigungen des WSF für Kredite für Rekapitalisierungsmaßnahmen gemäß § 22 StFG wurden im Jahr 2021 bis Ende Juni 2021 über insgesamt 3,3 Mrd. € in Anspruch genommen, sodass sich per 30. Juni 2021 ein Bestand von 5,1 Mrd. € ergibt.

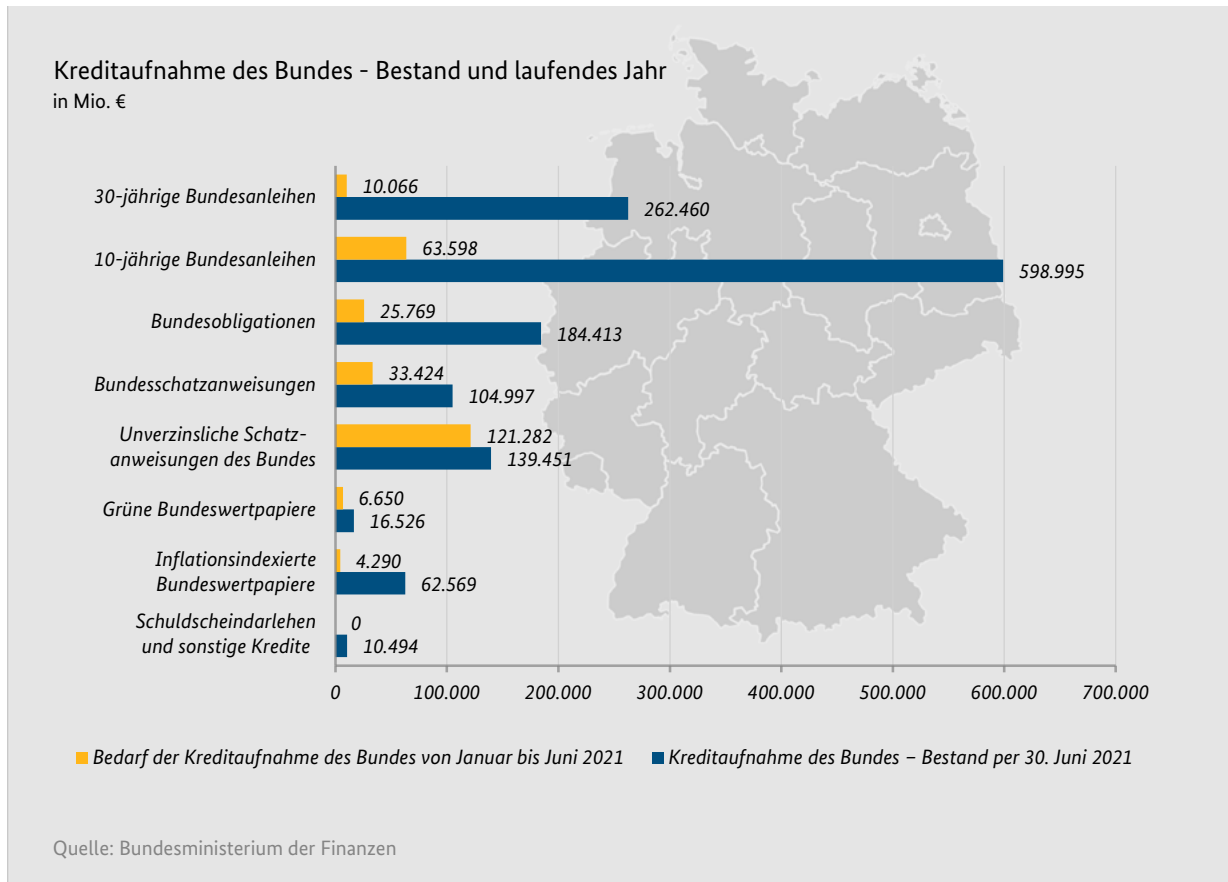
Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes zur Darlehensfinanzierung

Seit dem Jahr 2019 werden für den FMS Kredite zur Refinanzierung von an die FMS Wertmanagement (FMS-WM) durchzuleitende Darlehen gemäß § 9 Abs. 5 StFG aufgenommen. In ähnlicher Weise erfolgt seit dem Jahr 2020 eine Kreditaufnahme für den WSF zur Gewährung von Darlehen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zur Finanzierung von Krisenmaßnahmen gemäß § 23 StFG.

Im Juni 2021 wurden für den FMS zu diesem Zweck Kredite im Volumen von 3,8 Mrd. € aufgenommen. Per 30. Juni 2021 betrug der Bestand 44,9 Mrd. €. Der Bestand von Krediten zur Darlehensfinanzierung für den WSF reduzierte sich im Laufe des Monats Juni 2021 durch Tilgungen um 1,4 Mrd. € und betrug am 30. Juni 2021 somit 35,2 Mrd. €. Seit Jahresbeginn stieg der Bestand der Kredite zur Darlehensfinanzierung damit auf 80,1 Mrd. €.

Weitere Einzelheiten für den Monat Juni 2021 können folgenden Tabellen entnommen werden:

- Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes,
- Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes (Haushalt und Sondervermögen ohne Darlehensfinanzierung),
- Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes zur Darlehensfinanzierung,
- Entwicklung von Umlaufvolumen und Eigenbestände an Bundeswertpapieren.



Im statistischen Anhang der Online-Version des Monatsberichts sind zusätzlich die drei erstgenannten Tabellen mit Daten für den Juni 2021, die nach Restlaufzeitklassen gruppierte Kreditaufnahme des Bundes sowie die monatliche Historie zur Kreditaufnahme, dem Bedarf der Kreditaufnahme, Tilgungen und Zinsen für die Kreditaufnahme enthalten.

Die Abbildung „Kreditaufnahme des Bundes – Bestand und laufendes Jahr“ zeigt die Verteilung der Kreditaufnahme auf die Finanzierungsinstrumente, sowohl für die Aufnahme im Juni 2021 als auch für den gesamten Bestand per 30. Juni 2021. Den größten Anteil der Kreditaufnahme im Juni 2021 machen mit 121,3 Mrd. € beziehungsweise 45,7 Prozent die (teils unterjährig fälligen) Unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes aus, gefolgt von den 10-jährigen Bundesanleihen mit 63,6 Mrd. € beziehungsweise 24,0 Prozent. Zu

diesem Segment werden hier auch die im Jahr 2020 erstmals begebenen 7- und die 15-jährigen Bundesanleihen gezählt. Per 30. Juni 2021 waren über 99 Prozent des Bestands der Kreditaufnahmen des Bundes in Form von Inhaberschuldverschreibungen verbrieft, bei denen die konkreten Gläubiger dem Bund nicht bekannt sind.

Details zu den geplanten Emissionen und den Tilgungen von Bundeswertpapieren können in den Pressemitteilungen zum Emissionskalender nachgelesen werden.¹ Auf der Internetseite der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH werden zudem nach jeder Auktion von Bundeswertpapieren die Auktionsergebnisse veröffentlicht.²

1 <http://www.bundesfinanzministerium.de/mb/2017047>

2 <http://www.bundesfinanzministerium.de/mb/2017046>



Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes im Juni 2021

in Mio. €

Stichtag/Periode	Bestand	Aufnahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Bestand	Bestands- änderung (Saldo)	Zinsen
	31. Mai 2021	Juni	Juni	30. Juni 2021	Juni	Juni
Insgesamt	1.364.813	48.684	-33.594	1.379.904	15.090	953
Gliederung nach Verwendung						
Bundeshaushalt	1.242.882	41.069	-28.079	1.255.871	12.990	871
Finanzmarktstabilisierungsfonds (Kredite für Aufwendungen gemäß § 9 Abs. 1 StFG)	22.778	1.052	-1.052	22.778	-	-1
Finanzmarktstabilisierungsfonds (Kredite für Abwicklungsanstalten gemäß § 9 Abs. 5 StFG)	42.800	3.800	-1.700	44.900	2.100	86
Investitions- und Tilgungsfonds	16.058	816	-816	16.058	-	-5
Wirtschaftsstabilisierungsfonds (Kredite für Rekapitalisierungsmaß- nahmen gemäß § 22 StFG)	3.671	1.948	-540	5.080	1.408	-5
Wirtschaftsstabilisierungsfonds (Kredite für die Kreditanstalt für Wiederaufbau gemäß § 23 StFG)	36.624	-	-1.408	35.216	-1.408	8
Gliederung nach Instrumentenarten						
Konventionelle Bundeswertpapiere	1.275.985	47.925	-33.594	1.290.316	14.331	803
30-jährige Bundesanleihen	260.008	2.452	-	262.460	2.452	131
10-jährige Bundesanleihen	582.939	16.056	-	598.995	16.056	418
Bundesobligationen	178.536	5.876	-	184.413	5.876	125
Bundesschatzanweisungen	114.132	4.850	-13.985	104.997	-9.135	60
Unverzinsliche Schatz- anweisungen des Bundes	140.370	18.690	-19.609	139.451	-919	69
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	61.809	760	-	62.569	760	183
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	9.886	25	-	9.911	25	13
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	51.923	735	-	52.658	735	170
Grüne Bundeswertpapiere	16.526	-	-	16.526	-	-
30-jährige Grüne Bundesanleihen	5.500	-	-	5.500	-	-
10-jährige Grüne Bundesanleihen	6.390	-	-	6.390	-	-
Grüne Bundesobligationen	4.636	-	-	4.636	-	-
Schuldscheinanleihen	6.020	-	-	6.020	-	-12
Kredit durch Wertpapierpensions- geschäfte	-	-	-	-	-	-
Sonstige Kredite und Buchschulden	4.474	-	-	4.474	-	-21

Quelle: Bundesministerium der Finanzen



Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes (Haushalt und Sondervermögen ohne Darlehensfinanzierung) im Juni 2021

in Mio. €

Stichtag/Periode	Bestand	Aufnahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Bestand	Bestands- änderung (Saldo)	Zinsen
	31. Mai 2021	Juni	Juni	30. Juni 2021	Juni	Juni
Insgesamt	1.285.389	44.884	-30.486	1.299.787	14.398	859
Gliederung nach Verwendung						
Bundshaushalt	1.242.882	41.069	-28.079	1.255.871	12.990	871
Finanzmarktstabilisierungsfonds (Kredite für Aufwendungen gemäß § 9 Abs. 1 StFG)	22.778	1.052	-1.052	22.778	-	-1
Investitions- und Tilgungsfonds	16.058	816	-816	16.058	-	-5
Wirtschaftsstabilisierungsfonds (Kredite für Rekapitalisierungsmaßnahmen gemäß § 22 StFG)	3.671	1.948	-540	5.080	1.408	-5
Gliederung nach Instrumentenarten						
Konventionelle Bundeswertpapiere	1.196.561	44.125	-30.486	1.210.199	13.638	709
30-jährige Bundesanleihen	260.008	2.452	-	262.460	2.452	131
10-jährige Bundesanleihen	560.639	14.056	-	574.695	14.056	368
Bundesobligationen	150.036	5.076	-	155.113	5.076	102
Bundesschatzanweisungen	89.732	3.850	-12.285	81.297	-8.435	47
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	136.146	18.690	-18.201	136.635	489	61
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	61.809	760	-	62.569	760	183
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	9.886	25	-	9.911	25	13
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	51.923	735	-	52.658	735	170
Grüne Bundeswertpapiere	16.526	-	-	16.526	-	0
30-jährige Grüne Bundesanleihen	5.500	-	-	5.500	-	0
10-jährige Grüne Bundesanleihen	6.390	-	-	6.390	-	0
Grüne Bundesobligationen	4.636	-	-	4.636	-	0
Schuldscheindarlehen	6.020	-	-	6.020	-	-12
Kredit durch Wertpapierpensions- geschäfte	-	-	-	-	-	-
Sonstige Kredite und Buchschulden	4.474	-	-	4.474	-	-21
nachrichtlich:						
Verbindlichkeiten aus der Kapital- indexierung inflationindexierter Bundeswertpapiere ¹	4.635			5.056	420	-
Rücklagen gemäß Schlusszahlungs- finanzierungsgesetz (SchlussFinG) ²	4.204			4.227	24	-

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

1 Die Verbindlichkeiten aus der Kapitalindexierung enthalten die seit Laufzeitbeginn bis zum Stichtag entstandenen inflationsbedingten Erhöhungsbeträge auf die ursprünglichen Emissionsbeträge.

2 Die Rücklage enthält dagegen nur jene Erhöhungsbeträge, die sich jeweils zum Kupontermin am 15. April eines jeden Jahres (§ 4 Abs. 1 SchlussFinG) sowie an den Aufstockungsterminen eines inflationsindexierten Wertpapiers (§ 4 Abs. 2 SchlussFinG) ergeben.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen



Entwicklung der Kreditaufnahme des Bundes zur Darlehensfinanzierung im Juni 2021

in Mio. €

Stichtag/Periode	Bestand		Aufnahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Bestandsänderung (Saldo)		Zinsen
	31. Mai 2021	Juni	Juni	Juni	30. Juni 2021	Juni	Juni
Insgesamt	79.424	3.800	-3.108		80.116	692	94
Gliederung nach Verwendung							
Finanzmarktstabilisierungsfonds (Kredite für Abwicklungsanstalten gemäß § 9 Abs. 5 StFG) ¹	42.800	3.800	-1.700		44.900	2.100	86
Wirtschaftsstabilisierungsfonds (Kredite für die Kreditanstalt für Wiederaufbau gemäß § 23 StFG) ²	36.624	-	-1.408		35.216	-1.408	8

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

- Das BMF ist nach § 9 Abs. 5 StFG ermächtigt, für den Finanzmarktstabilisierungsfonds Kredite bis zu 60 Mrd. € aufzunehmen, damit nach § 8 Abs. 10 StFG der Finanzmarktstabilisierungsfonds an Abwicklungsanstalten Darlehen zur Refinanzierung der von diesen übernommenen Vermögensgegenständen gewähren kann. Diese Kreditaufnahme ist für die Verschuldung insgesamt neutral, weil sie die bei Abwicklungsanstalten sonst notwendige Kreditaufnahme am Markt ersetzt. Sie erhöht jedoch die Verschuldung in Bundeswertpapieren.
- Das BMF ist nach § 24 Abs. 1 i. V. m. § 23 StFG ermächtigt, für den WSF zum Zwecke der Darlehensgewährung Kredite in Höhe von bis zu 100 Mrd. € aufzunehmen. Nach § 23 StFG kann der WSF der KfW Darlehen zur Refinanzierung der ihr von der Bundesregierung als Reaktion auf die sogenannte Corona-Krise zugewiesenen Sonderprogramme gewähren.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Entwicklung von Umlaufvolumen und Eigenbestände an Bundeswertpapieren im Juni 2021

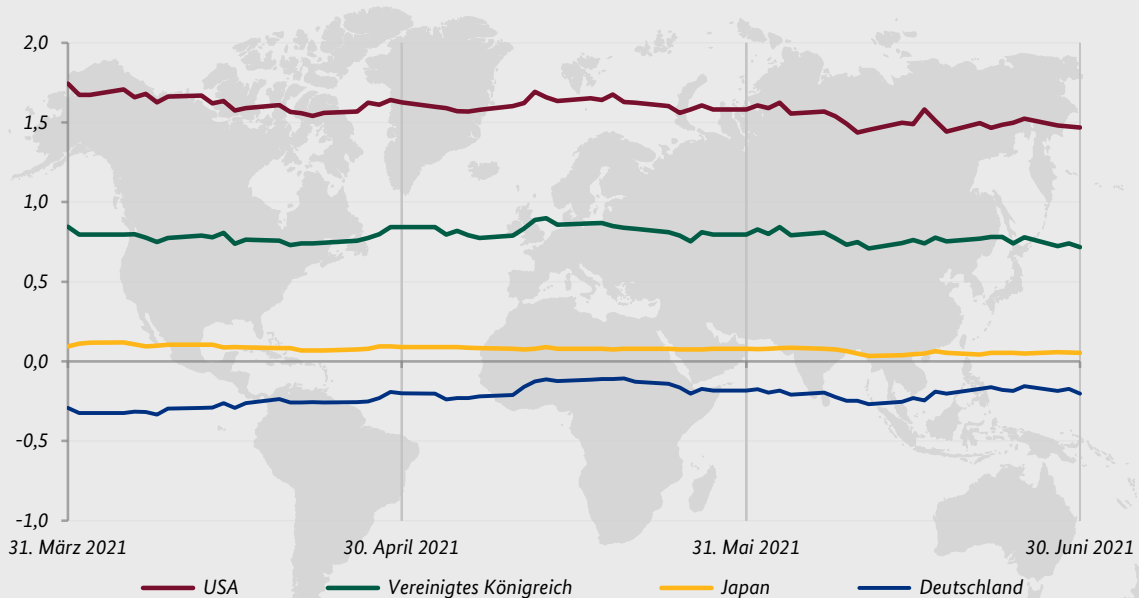
in Mio. €

Stichtag/Periode	Bestand		Zunahme	Abnahme	Bestandsänderung (Saldo)	
	31. Mai 2021	Juni	Juni	Juni	30. Juni 2021	Juni
Umlaufvolumen insgesamt	1.527.300	42.800	-33.500		1.536.600	9.300
Konventionelle Bundeswertpapiere	1.443.500	42.000	-33.500		1.452.000	8.500
30-jährige Bundesanleihen	315.000	1.500	-		316.500	1.500
10-jährige Bundesanleihen	656.000	11.500	-		667.500	11.500
Bundesobligationen	210.500	4.000	-		214.500	4.000
Bundesschatzanweisungen	122.500	5.000	-14.000		113.500	-9.000
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes (inklusive Kassenemissionen)	139.500	20.000	-19.500		140.000	500
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	66.300	800	-		67.100	800
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	10.400	-	-		10.400	-
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	55.900	800	-		56.700	800
Grüne Bundeswertpapiere	17.500	-	-		17.500	-
30-jährige Grüne Bundesanleihen	6.000	-	-		6.000	-
10-jährige Grüne Bundesanleihen	6.500	-	-		6.500	-
Grüne Bundesobligationen	5.000	-	-		5.000	-
Eigenbestände	-173.850	-	-		-168.070	5.780

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Entwicklung der Renditen 10-jähriger Staatsanleihen im 2. Quartal 2021
Rendite in % p. a.



Quelle: Thomson Reuters

Die Rentenmarktentwicklung im 2. Quartal 2021

Das 2. Quartal 2021 war geprägt von global spürbar höherem Wirtschaftswachstum und sich weiter positiv entwickelnden Stimmungskennzeichen – einer Erholung von pandemiebedingt geringeren wirtschaftlichen Aktivitäten. Gleichzeitig führten gestiegene Inflationserwartungen aus den USA, die im Mai 2021 durch eine hohe gemessene Inflationsrate von 5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr beim US-Konsumentenpreisindex (Consumer Price Index) bekräftigt wurden, zu Unsicherheit über die zukünftige Zinspolitik der US-Notenbank Fed³. Insbesondere scheint unklar, inwieweit die höheren Inflationsraten in den USA von der Fed weiterhin nur als temporär betrachtet werden. Auch diesseits des Atlantiks verfolgen Marktteilnehmer aufmerksam die Analyseergebnisse und Prognosen der Europäischen Zentralbank (EZB), da

Wirtschaftsforscherinnen und -forscher beispielsweise auch in Deutschland u. a. vor dem Hintergrund des Auslaufens der befristeten Mehrwertsteuersenkung vorübergehend Inflationsraten von bis zu 4 Prozent erwarten. Allerdings gehen für den Euroraum die meisten Wirtschaftsforscherinnen und -forscher davon aus, dass es sich um einen temporären Anstieg der Inflationsraten handelt.

Die Rentenmärkte haben sich im 2. Quartal 2021 in den USA und Europa leicht unterschiedlich entwickelt. In den USA haben 10-jährige Staatsanleiherenditen nach dem starken Anstieg zum Ende des 1. Quartals 2021 im weiteren Verlauf konsolidiert und sich zum Ende des 2. Quartals 2021 bei rund 1,5 Prozent eingependelt. Auf der geldpolitischen Sitzung hat die Fed zwar wie erwartet den Leitzins in einer Spanne von 0 bis 0,25 Prozent und die monatlichen Wertpapierkäufe bei 120 Mrd. US-Dollar belassen. Allerdings wurden überraschend Referenzzinssätze für die technische Implementierung der Geldpolitik erhöht. Die Projektionen signalisieren bereits zwei Leitzinserhöhungen im Jahr 2023

³ Fed steht für Federal Reserve.



und damit früher, als noch im März 2021 erwartet wurde. Sieben der 18 Mitglieder des Federal Open Market Committee sind aufgrund der besseren Wachstumsaussichten und der höheren Inflation der Auffassung, dass der Leitzins schon nächstes Jahr erhöht werden könnte. Daraufhin stiegen die kurzfristigen US-Dollar-Geldmarktsätze leicht an und die Renditekurve verflachte sich.

In Europa hat die EZB die Befürchtungen einer Reduzierung des aktuell signifikant erhöhten Kaufvolumens des Pandemie-Notfallankaufprogramms PEPP (Pandemic Emergency Purchase Programme) im Juni-Meeting ausgeräumt. Dennoch sind auch hier die Renditen aufgrund des schnellen Impffortschritts und des Wiederanlaufens der Volkswirtschaften gestiegen. Zudem begründet sich das anhaltend höhere Renditeniveau in der nur vertagten Diskussion über die Reduzierung der PEPP-Käufe sowie über das Auslaufen des PEPP-Kaufprogramms im März 2022 generell.

Mit der EU wurde im 2. Quartal 2021 nicht nur ein neuer, sondern einer der fortan größten Emittenten am Rentenmarkt im Euroraum aktiv. Sie emittierte Mitte Juni 2021 die erste Anleihe mit einem Emissionsvolumen von 20 Mrd. € zur Finanzierung des Programms Next Generation EU (NGEU). Dies war die größte institutionelle Emission in der Geschichte. Ende Juni 2021 folgte die zweite Transaktion in Höhe von 15 Mrd. €. Aus dem insgesamt 750 Mrd. € umfassenden NGEU-Programm sind für die Jahre 2021 bis 2023 Transfers an Deutschland von jeweils 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vorgesehen.

Entwicklung der Renditen 10-jähriger Staatsanleihen im 2. Quartal 2021

in %

	31. März 2021	30. Juni 2021
USA	1,75	1,47
Vereinigtes Königreich	0,85	0,72
Japan	0,10	0,05
Deutschland	-0,29	-0,20

Quelle: Thomson Reuters